

# mittendrin

Ausgabe 6/2011  
Informationen des  
Bezirksvorstandes  
und der BVV-Fraktion  
DIE LINKE Berlin-Mitte

## Migration und Gesundheit — Daten für Taten

Umfangreiche Publikation zur gesundheitlichen und sozialen Lage in Mitte vorgelegt



Foto: Archiv

Sprachkompetenz und soziale Lage sind für Gesundheit verantwortlich

**D**er stärkste Einflussfaktor auf die Gesundheit besonders von Kindern und Jugendlichen sei die soziale Lage der Familie, erläuterte Jeffrey Butler vom Bezirksamt Mitte der BVV-Fraktion der LINKEN die neusten Zahlen für den Bezirk. Gesundheitsberichte sollten im Idealfall »Daten für Taten« bieten, so der Experte für Gesundheitsberichterstattung weiter. Angesichts der gewaltigen Unterschiede zwischen den einzelnen Sozialräumen gibt es in unserem Bezirk eine ganze Menge zu tun.

Im Vorwort des »Berichts zu Migration und Gesundheit« wird die Notwendigkeit, eine »solide Datengrundlage für unsere Planungen und Maßnahmen für diese Zielgruppe zu schaffen«, erwähnt. Mitte hat berlinweit

den höchsten Anteil ausländischer Mitbürger – auf den gesamten Bezirk gerechnet sind es fast 45 Prozent der Bevölkerung. Ein hoher Anteil stammt aus der Türkei, wobei im Zentrum Mittes auch viele Bürger aus der ehemaligen Sowjetunion Heimat gefunden haben. In Moabit sei die migrantische Bevölkerung »sehr querbeet«.

Bei Jugendlichen spielt allerdings der Migrationshintergrund der Eltern bei guten Sprachkenntnissen keine Rolle. Das Datenmaterial gibt hier Bestätigung für bekannte Thesen: Je weniger Bewohner mit Migrationshintergrund im jeweiligen Planungsraum wohnen, desto besser sind die Deutsch-Kenntnisse bei den nichtdeutschen Schulanfängern. Oder je länger Kinder in eine Kindertagesstätte gehen dürfen, desto besser sind ihre Zähne.

Aus diesem Grund sei die Entscheidung des Rot-Roten Senats, den Kita-Besuch für Eltern komplett kostenfrei zu ermöglichen »gesundheitlich politisch richtig«, so Jeffrey Butler bei der thematischen Fraktionssitzung von Mittes LINKEN Anfang Mai. Es gäbe auch einen Zusammenhang zwischen den täglichen Fernsehgewohnheiten und dem Zustand der Zähne – je mehr TV konsumiert werde, desto miserabler seien diese in Schuss. Besorgniserregend deshalb der Befund, dass Mitte den geringsten Anteil an Kindern hat, die mehr als zwei Jahre in die Kita gingen und ebenso negativ die Tatsache, dass ganze 22,6 Prozent der Schulanfänger im Bezirk über ein eigenes Fernsehgerät im Kinderzimmer verfügen – auch ein Berlin-Rekord!

Kinderärzte könnten die soziale Lage nicht verbessern, so Dr. Matthias Brockstedt vom Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Bezirksamtes. Aber es sei ein positives Beispiel, dass Mitte einer der wenigen Bezirke in Berlin ist, die Säuglinge auch ohne Krankenversicherung durch den Dienst impfen lassen. Zumindest am Start sollten auch Kinder aus sozial schlecht gestellten Familien die gleichen Chancen bekommen wie die aus wohlhabenden Elternhäusern. Mit den Jahren färbt die Umgebung ab – nach vielen Jahren in Deutschland gleicht sich das Verhalten der Migranten an die Gewohnheiten der Deutschen an – »sie werden immer ähnlicher, im Guten wie im Schlechten«, schließt Jeffrey Butler den Einblick in die Datensätze ab.

Bleibt zu hoffen, dass das 180 Seiten starke Berichtsheft nicht ungelesen in den Regalen der politischen Akteure im Bezirk landet. Denn die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung der Weltgesundheitsorganisation WHO sagte schon 1986 »Gesundheit wird von den Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort wo sie spielen, lernen, arbeiten und leben.« Politik sollte Benachteiligten helfen, ihre soziale Lage zu verbessern, denn diese ist wie eingangs festgestellt der stärkste Einflussfaktor auf die Gesundheit der Menschen.

Christoph Nitz

## Basistreffen in Mitte

findet am **Mittwoch, 29. Juni 2011, 19.00 Uhr** im BVV-Saal des Neuen Stadthauses (Parochialstraße 1-3, U-Bahnhof Klosterstraße) statt.

**Thema: »Stand der Programmarbeit vor dem Bundesparteitag«**

Referent: **Horst Kahrs**, Leiter des Bereichs Strategie und Grundsatzfragen des Parteivorstandes, Mitglied des Bezirksvorstandes der LINKEN in Berlin-Mitte

## DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

**U**nter diesem Thema brachte die Linksfraktion einen Antrag (Drs. 2104/III) in die Maisitzung der Bezirksverordnetenversammlung ein. Darin wird das Bezirksamt aufgefordert, sich beim Senat und beim Abgeordnetenhaus dafür einzusetzen, dass die Berliner Bauordnung noch in dieser Wahlperiode geändert wird. Bestehende Müllschlucker sollen auch über das Jahr 2013 weiter betrieben werden können, wenn Mülltrennung und brandschutzrechtliche Belange gewährleistet sind (siehe auch S. 6).

Diese Ausnahmeregelung soll wieder in den Paragraph 46 eingefügt werden, um eine Klarstellung gegenüber der Anwendung auf bestehende Müllschlucker herzustellen. Sie war 2010 im Gesetzentwurf enthalten gewesen, bei der Beschlussfassung jedoch herausgefallen. In der Folge waren in vielen Häusern – auch in Mitte – die Müllschlucker von den Hauseigentümern versiegelt worden, ohne die Mieter überhaupt vorab zu informieren oder auf die Möglichkeit eines Weiterbetriebs unter bestimmten Bedingungen hinzuweisen. Viele Mieter sind empört über dieses Vorgehen und verunsichert. Zahlreiche Eingaben an den Peti-



Bericht aus der BVV  
von Elke Reuter

## Müllschächte und Mülltrennung – kein Widerspruch

tionsausschuss des Abgeordnetenhauses sind ein Beleg dafür.

Sowohl der Rat der Bürgermeister als auch die Linke im Abgeordnetenhaus forderten die Änderung des Paragraphen, scheiterten jedoch bislang an der Ablehnung durch den Koalitionspartner SPD. Deshalb wollte die Linke einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung von Mitte, um den politischen Druck zu erhöhen und so eine Neuregelung zu unterstützen.

Blick aus dem Amt:

## Recht auf Bildung – für alle Kinder

**I**n unserem Bezirk Mitte wird keinem Kind die Aufnahme in die Schule verweigert – unabhängig vom Aufenthaltsstatus und unabhängig davon, ob Schulpflicht besteht oder nicht. Jedes Kind hat das Recht auf Bildung.

Es ist für mich immer wieder bewundernswert, mit welcher Selbstverständlichkeit in unserem Bezirk Pädagog/innen in Kitas und Schulen sich der Kinder aus Roma- oder aus Flüchtlingsfamilien annehmen und bemüht sind, sie bestens zu fördern. Das ist keine leichte Aufgabe und es gibt viele Probleme. Manche dieser Kinder haben noch nie eine Schule besucht, sprechen unsere Sprache nicht oder sind in schlechter gesundheitlicher Verfassung und ohne Krankenversicherung. Wie viele Kinder aus Roma-Familien in unserem Bezirk leben, Kitas oder Schulen besuchen, kann nur geschätzt werden. Doch es sind etliche Hundert. Gerade richten wir neue Kleinklassen ein, in denen sie und Kinder aus Flüchtlingsfamilien die deutsche Sprache erlernen. Meine Erfahrung ist, und das wird durch Betreuer/innen von Roma-Familien bestätigt, dass viele Roma-Familien Interesse daran haben, dass ihre Kinder die Schule besuchen, dass sie es schätzen, wenn wir ihnen

mit Respekt begegnen und sie akzeptieren. Sie brauchen unsere Unterstützung und wenn es uns gelingt, eine Vertrauensbasis zu schaffen, wird diese Unterstützung auch dankbar angenommen. Gerade haben wir, das Jugendamt gemeinsam mit der Schulaufsicht und der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V., die seit Jahren ein erfolgreiches und allgemein anerkanntes Projekt der Roma-Schulmediation im Bezirk durchführt, die Entwicklung einer Roma-Bildungsstrategie verabredet. Dabei geht es vor allem um die Förderung des Verständnisses, um Fortbildung und Etablierung verlässlicher Unterstützungs- und Beratungsstrukturen und um die Vernetzung mit Partnern, die ebenfalls Erfahrungen in diesem Bereich haben. Schauen wir nicht weg – schauen wir hin. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung. Jedes Kind ist uns willkommen.

**Petra Schrader**

Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport



Foto: Archiv

Die Mehrheit von SPD und Grüne verhinderte es. Die SPD lehnte den Antrag ab, weil sie keinen Handlungsbedarf sieht. Nach ihrer Auffassung sei schon jetzt mit § 68 im Einzelfall eine Ausnahme möglich. Das hat aber, wie die Praxis zeigt und wie wir argumentierten, in der Anwendung zu unterschiedlichen Handhabungen in den Bezirken geführt und bedarf dringend einer Klarstellung im Gesetz. Im Bezirk Mitte wurde vom SPD-Baustadtrat Gothe bisher keine einzige Ausnahmegenehmigung erteilt. Die Vermieter der Wohnungen mit Müllschlucker müssen verpflichtet sein, vor einer Entscheidung über den Weiterbetrieb die betroffenen Mieter über konkrete Kosten oder Einsparungen zu informieren. Und Bündnis 90/Die Grünen? Sie sind sowieso für die Schließung der Müllschlucker. Sie reduzieren die Probleme der Mieter in diesen Häusern lediglich auf ein Problem der LINKEN mit ihren Wählern, um das sie sich nicht kümmern müssten. Es ist schon merkwürdig, wie der Wahlkampf die Wahrnehmung realer Vorgänge verzerrt.

Dennoch, in der Zwischenzeit haben LINKE und SPD im Abgeordnetenhaus einen Antrag zur Änderung des §46 eingebracht, der in der letzten Maisitzung verabschiedet wurde.

Ergebnisse der BVV-Sitzung

### Anfragen u.a.:

■ **Warum wurde das Angebot** »Laufmasche« ohne vorherige Information des zuständigen Gesundheitsausschusses und der BVV vom Bezirksamt geschlossen? Wann wurden die betroffenen Eltern und Kinder von der Schließung informiert? Warum konnte mit dem Betriebsrat, der offensichtlich seine Ablehnung mit der Nichtzuständigkeit begründete, nicht eine klärende Aussprache getroffen werden? Wie will das Bezirksamt zukünftig eine bessere Kommunikation zwischen allen Beteiligten sicherstellen? DIE LINKE (2085/III)

### Angenommen u.a.:

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, im Fall der durch Umnutzung von allen dem Bezirk bekannten Wohnungen in Ferienwohnungen betroffenen Gebäude die Änderung der Betriebsordnung insbesondere unter Berücksichtigung der Brandschutzbestimmungen unverzüglich umzusetzen. Das Bezirksamt soll bis zum 30. August berichten, in wie vielen Wohnungen und wo die Betriebsverordnung nicht eingehalten wird. CDU/DIE LINKE (2103/III)

### Abgelehnt u.a.:

■ **Das Bezirksamt soll sich beim Senat** dafür einsetzen, dass der Gesetzestext der Berliner Bauordnung noch in dieser Legislatur so geändert wird, dass Ausnahmegenehmigungen von der Schließung der Müllschlucker zum 31.12.2013 im Land Berlin möglich sind, sofern eine Mülltrennung gewährleistet ist. DIE LINKE/FDP (2105/III)

Berlins LINKE legt ihr Wahlprogramm vor

# Lebenswert für alle – so soll unsere Stadt sein!



**B**erlin ist heute der lebendigste Platz Deutschlands. Vor allem wegen seiner quirligen, aktiven, kreativen und ruhelosen Bürgerinnen und Bürger. Und die wachsende Flut der Touristen? Sind willkommen als das Sahnehäubchen obendrauf! Aber natürlich – Fragen, Sorgen, Aufgaben, Probleme. Bergeweise. Auch Antworten? Mögliche Lösungen?

Ja, auch die – aufgeschrieben im Wahlprogramm der Berliner LINKEN.

Um heikle Fragen macht die LINKE keinen «diplomatischen» Bogen. Erwünschtes wird mit Augenmaß angesteuert. Nicht jeder wird überall seine eigene Sicht bestätigt finden. Aber er wird wissen, welche Position die LINKE zum jeweiligen Thema hat und welche Gründe dafür sprechen. Die Wahl-Aussagen sind klar und unverstellt. Ich habe aus dem umfangreichen Programm die sieben Hauptsätze ausgewählt und zwei Dutzend wichtige Stichwörter dazu gesetzt.

## I. Beschäftigung schaffen – gute Arbeit

- 150.000 weitere neue Arbeitsplätze bis 2016
  - Gleichstellung von Frauen und Männern
  - Feste sozialversicherungspflichtige Stellen statt Leiharbeit
  - Zugang zum Arbeitsmarkt ohne Diskriminierung
  - Demokratisierung der Wirtschaft
- DIE LINKE Berlin Mitte

## II. Öffentliche Unternehmen stärken

- Daseinsvorsorge nicht länger Profitmaschine für Konzerne
- Mehr öffentlicher Einfluss bei Wasser und Abwasser
- Energienetze demokratisch kontrollieren und modernisieren
- S-Bahn muss Weichen in Richtung Zukunft stellen

## III. Bildung - Fahrkarte durchs gute Leben

- Kita - auf den Anfang kommt es an
- Gemeinschaftsschulen - ein Erfolgsmodell
- Grundschulen für alle Kinder stärken
- Nur demokratische Schulen sind auch gute Schulen

## IV. Für eine soziale Wohnungspolitik - Verdrängung verhindern

- Mieterrechte stärken, Mieterhöhungen begrenzen
- Zwangsumzüge auch künftig verhindern
- Städtische Wohnungsbaugesellschaften für eine soziale Wohnungspolitik nutzen
- Belegungsbindungen erhalten und nutzen
- Berlin braucht neues Sozialmietensystem

## V. Das soziale Berlin - lebenswerte Stadt für alle

- Soziale Spaltung stoppen - mehr Teilhabe,

stärkere Bürgerbeteiligung

- Klima- und umweltgerechte Stadt - Berlin kann ökologische Modellstadt sein
- Mobilität für alle - stadtvträglich, umweltgerecht und erschwinglich
- A 100 nicht weiterbauen

## VI. Berlin – die Stadt, in der wir leben

- Sozialen Zusammenhalt stärken
- Kinderarmut weiter zurückdrängen
- Freizeit ist wertvolle Lebenszeit
- Nachbarschaftszentren stärken
- Planungssicherheit für soziale Arbeit garantieren
- Soziale Arbeit ist keine Ware

## VII. Berlin - offene und demokratische Stadt

- Bürgerkommune Berlin braucht starke Bezirke
- Informationsfreiheit garantieren
- Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken
- Für Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit
- Flüchtlinge schützen, Aufhebung der Residenzpflicht
- Rassismus abbauen, Diskriminierung bekämpfen

Diese Auszüge geben nur einen knappen Überblick. Das Landeswahlprogramm bietet auf über vierzig Druckseiten sehr viele konkrete Aussagen zu den genannten sieben Hauptfeldern. Wir sollten sie in den Wochen vor den Wahlen gründlich nutzen. Sicher werden wir zu bestimmten Fragen noch knapper gefasste Wahlzettel oder Flugblätter in die Hand bekommen. Es lohnt aber in jedem Falle, das vollständige Wahlprogramm einmal im Ganzen zu lesen. Das macht sattelfest für offene Diskussionen.

**Heinz Grote**

Das gesamte Wahlprogramm kann heruntergeladen werden unter [www.die-linke-berlin.de/wahlen](http://www.die-linke-berlin.de/wahlen)

## Sprechzeiten im Fraktionsbüro

### Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und  
am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr  
im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3,  
10178 Berlin, Raum 323,  
Telefon: 9 01 82-45 65

## Bei anderen gelesen

## Raumschiff in der Wüste

Der Berliner Hauptbahnhof ist der größte Kreuzungsbahnhof Europas. Fünf Jahre nach seiner Eröffnung steht er wie ein Solitär in der Berliner Landschaft, beeindruckend, aber auch verstörend einsam. Bis heute sei es Politik und Verwaltung nicht gelungen, das Bahnhofsumfeld in eine Form zu bringen, die dem Reisenden das Gefühl gibt, in einer großen Stadt anzukommen.

»Berliner Woche«, 18.05.2011

## Mehr Wohnraum durch Verdichtung

Die Genossenschaft Berolina baut neu. Nichts fürs ganz kleine Geld, aber für weniger Betuchte fällt auch was ab. Durch Umzüge freiwerdende Wohnungen sollen nicht teuer werden. »Anne« und »Jakob« heißen die beiden Würfel, die derzeit in der Annen- und Jakobstraße in Mitte mit insgesamt 23 Wohnungen entstehen. »Wir müssen keine Renditeerwartungen anderer erfüllen. Was wir erwirtschaften, investieren wir wieder in den Bestand«, so Jörg Kneller von der Genossenschaft.

»taz«, 19.05.2011

## Stolpern über die Vergangenheit

In ganz Berlin gibt es aktuell etwa 3000 Stolpersteine. Sie machen das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen gegen Berliner Juden optisch sichtbar. In vielen Bezirken werden sie von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern regelmäßig geputzt und gepflegt, damit sie weiter Wirkung zeigen.

»Berliner Stadtblatt«, Mai 2011

## Berlin lässt seine Denkmäler verrotten

Berlin ist reich an Denkmälern, aber zu arm und chaotisch, sie zu pflegen. Zuständig sind immer die anderen. Es fehlt an einheitlichen Regelungen. Eine Schadensmeldung.

»Der Tagesspiegel«, 22.05.2011

## Lob vom Finanzsenator für den Bezirk Mitte

Finanzsenator Nussbaum will die Bezirke sanfter anfassen als sein Vorgänger und lobt die Bezirke Mitte und Lichtenberg für ihre Haushaltsführung. Spitzenreiter ist im zurückliegenden Jahr mit einem Jahresergebnis von 9,7 Millionen Euro Mitte, Schlusslicht ist Spandau mit einem Minus von 7,4 Millionen Euro. So konnte der aus den Vorjahren noch mit 7,4 Millionen verschuldete Bezirk Mitte im vergangenen Jahr deshalb so ein positives Ergebnis vorlegen, weil hohe Erschließungsbeiträge für Bauprojekte am Leipziger Platz die Kassen auffüllten.

»Der Tagesspiegel«, 19.04.2011

## Menschen in Mitte

Selda Karacay  
»bemuttert« Kiezmütter

**B**runnenkiezmütter werden sie liebevoll genannt. Die 13 anmutigen und fleißigen Frauen leben inmitten des Wedding, wo zwei Drittel der Einwohner einen Migrationshintergrund haben. Sie haben alle eigene Kinder, nehmen sich aber auch noch die Zeit, sich um die Sorgen und Nöte anderer Familien zu kümmern, vor allem um das Wohl derer Sprößlinge.

Dass sie ihre verantwortungsvolle Arbeit gut machen können, dafür ist Selda Karacay zuständig. Die 35jährige studierte Sozialpädagogin leitet das Familienzentrum in der Wattstraße 16 und koordiniert von dort den Einsatz der Mütter.

»Diese Frauen sind so etwas wie Lebenswegweiser«, ist ihre Überzeugung. »Sie hören sich die Probleme und die Fragen an und suchen Antworten, geben Ratschläge, informieren und haben meistens Flyer, Adressen und Telefonnummern von Pädagogen, Psychologen, Mediziner, Sozialarbeitern, von Vereinen und Einrichtungen, die dann ganz kompetent Hilfe leisten können, zur Hand.«

Die Mütter in doppeltem Sinne bieten Eltern, oft auch ganzen Familien Sprechstunden in Kindergärten, Schulen und Bürgertreffs an - auf Deutsch, Türkisch, Englisch, Tschechisch, Russisch und Arabisch. Am meisten bewähren sich Besuche zu Hause. Am Wohnzimmer werden langfristig die verschiedensten Angelegenheiten geklärt. »Allein in den vergangenen Monaten konnten 13 Familien unterstützt werden«, sagt Selda Karacay stolz. Mütter bedanken sich für den Beistand. Schüler verbessern ihre schulischen Leistungen durch Nachhilfeunterricht. Übergewichtigen Kindern wurden Beratungskurse der Berliner Charite vermittelt. So vieles könnte noch aufgezählt werden.

## Indem die Mütter anderen helfen, helfen sie auch sich selbst.

Bevor die Weddingerinnen sich Kiezmütter nennen durften, wurden sie vom Verein Kulturen im Kiez e.V. erst einmal unter Aufsicht der zierlichen gebürtigen Westfälin, deren Eltern Anfang der 1970er Jahre nach Deutschland kamen, ein halbes Jahr lang gründlich geschult. Sie machten sich mit dem deutschen Schulsystem vertraut, erhielten Wissen zur gesunden Ernährung, aber auch Anleitung zu



Foto: Herold

## Selda Karacay

heiklen Themen wie häusliche Gewalt oder Drogenmißbrauch. Zur ständigen Qualifizierung organisierten sie Workshops zu aktuellen Fragen, demnächst zum Einfluß des Fernsehens auf die Kinder und Jugendlichen, und auch Exkursionen durch Berlin.

»Indem die Brunnenkiezmütter Hilfesuchenden unter die Arme greifen, stärken sie ihre eigene Persönlichkeitsentwicklung, integrieren sich selbst noch besser ins Berliner Leben. Die Vorfahren der meisten sind Türken, Araber oder Tschetschenen«, betont Selda Karacay.

Das Projekt »Brunnenkiezmütter« war 2008 vom Quartiersmanagement Brunnenviertel-Ackerstraße im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« ins Leben gerufen worden. Träger war von Anfang an die Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH. Schon ein Jahr später wurde die junge Frau unentbehrliche Koordinatorin. »Es erfüllt mich sehr, mit Menschen zu arbeiten, sie zu motivieren, ihnen zur Seite zu stehen, damit sie optimistisch und mit Erfolg und Freude ihren Alltag meistern können«, betont sie und hofft nun wie alle im Brunnenkiez, dass das nützliche Werk eine Zukunft behält.

Matthias Herold

## DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

[www.dielinke-berlin-mitte.de](http://www.dielinke-berlin-mitte.de)

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

# Tanz aus den Ruinen

Die »Wiesenburg« im Wedding wird umgebaut



Foto: Archiv

## Die Wiesenburg

**D**ie Ruinen des ehemaligen Obdachlosenasylls »Wiesenburg« in der Wiesenstraße 55 mit ihrem morbiden Charme sollen Stück für Stück in den Stadtteil zurückgeholt werden. Das Quartiermanagement unterstützt mit Mitteln der »Sozialen Stadt« den Umbau einer Halle zu einem Ort für Tanz und Kultur.

Die Baumaßnahmen zur Umgestaltung der Halle laufen zurzeit und werden – wenn alles gut geht – pünktlich zum Wedding-Kulturfestival am 24./ 25. September abgeschlossen sein.

Die »Wiesenburg« liegt direkt an der Pan-

ke zwischen den S-Bahn-Stationen Wedding und Gesundbrunnen. Die noch erhaltenen Teile des Asylls stehen unter Denkmalschutz. In den Ruinen wurden bereits Ausstellungen und Performances organisiert, die sich mit der Geschichte des Ortes künstlerisch auseinandersetzen. Auch als Hintergrund vieler Filme ist die »Wiesenburg« bekannt geworden. Zum Beispiel sind die Filme: »Lili Marleen« oder »Die Blechtrommel« und viele »Tatorte« in diesen Ruinen gedreht worden.

Als eines der größten Obdachlosenasylls seiner Art wurde die »Wiesenburg« 1896 vom Berliner Asyl-Verein erbaut. Der Jahresdurchschnitt der Besucher lag Anfang des 20. Jahrhunderts bei über 250 000. In den Berliner Obdachlosenasylls kulminierte das großstädtische Massenelend: Ein Treffpunkt für Land- und Stadtreicher, Arbeitslose, Krüppel, Bettler und Familien, die von den Hausbesitzern auf die Straße gesetzt worden waren. Zu Weihnachten 1911 starben sie verfaulte Bücklinge und Billigschnaps zu sich genommen hatten. In der Zeitschrift »Die Gleichheit« schrieb Rosa Luxemburg dazu: »Das Asyl für Obdachlose und der Polizeigewahrsam sind ebenso Säulen der heutigen Gesellschaft wie das Reichskanzlerpalais und die Deutsche Bank. Und der vergiftete Bücklingsschmaus mit Fusel im städtischen Obdach ist die unsichtbare Unterlage für den Kaviar und den Champagner auf dem Tisch der Millionäre.« **Rainer Scholz**

## Guter Rat für Bürger!

**Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.**

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin

und am letzten Mittwoch jedes Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 – 5.Etage.

## Kurznachrichten

### 1200 neue Mietfahrräder

Ende Mai wurde das von der Deutschen Bahn und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erarbeitete Projekt »Call a Bike« deutlich ausgeweitet. Über 1200 gern in Anspruch genommene neue Leihfahrräder werden während des Sommers zusätzlich unterwegs sein. Nach und nach machen in den Stadtbezirken Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain-Kreuzberg rund 80 entsprechende Mietstationen auf sich aufmerksam.

### Spundwand sichert Bäume am Kanal

Die letzten 20 Betonklötze sind kürzlich vom Landwehrkanal an der Corneliusstraße entfernt worden. Auf 370 Meter Länge wurde stattdessen eine Spundwand im Wasser eingebracht. Damit ist es möglich geworden, über mehrere Vegetationsperioden hinweg, 20 gefährdete Bäume dauerhaft vor dem Absacken zu bewahren. Es ist ein solides Uferbauwerk entstanden, auch zur Freude der Anwohner.

### U-Bahn: Bemühen um gute Fahrt

Die BVG wird in ihrer entsprechenden Leitstelle 20 weitere Mitarbeiter, und damit doppelt soviel wie bisher, auf Dauer zur ständigen Kontrolle der Verkehrsabläufe im U-Bahnnetz einsetzen. Es stehen dafür die Bilder von 1153 Videokameras auf den 173 Bahnhöfen zur Verfügung. Rund um die Uhr wird auch über eine Standleitung Verbindung zur Polizei im Interesse von Ordnung und Sicherheit der Fahrgäste gehalten. 20 besonders gefährdete Bahnhöfe sollen mit zusätzlicher und modernerer Videotechnik ausgestattet werden.

### Das Jugendamt informiert

Über die Angebote des bezirklichen Jugendamtes wurde im Mai bei einem Tag der offenen Tür im Haus der Jugend, Reinickendorfer Straße 55, informiert. Unter dem Motto »Unterstützung, die ankommt« soll regelmäßiger über die Leistungen des Jugendamtes in der Öffentlichkeit berichtet werden. Eine Anregung, die von einer bundesweiten Kampagne ausgeht.

# Berlin in den Zeiten

Irene Runges Spaziergang im Mai



Nach jedem Wochenende – der Kampf der Putzkolonnen gegen die Müllberge

**Z**eitungen, Radio und Fernsehen berichten von unappetitlichen Überbleibseln urbaner Wochenendfreizeit. Teile der Großstadt Berlin verkommen, Menschenmassen suchen innerstädtisches Grün und öffentliche Geselligkeit, bei Sonnenwonne stinkt's zum Himmel.

Berlins massenhafter Abfall verhält sich im Zentrum umgekehrt proportional zum Fas-

sungsvermögen der winzigen städtischen Abfallbehälter. Heißt das liberales Berliner Toleranzangebot? Ich denke, mehr Putzkolonnen, Riesenabfalltonnen und Sicherheitspersonal müssen her! Längst wächst Eigennutz auf Kosten des Gemeinwohls, mangelt es der Gesetzskraft an erkennbarem Willen zu nachhaltiger Kontrolle.

Ach Berlin! Und das, wo in der Mitte von Mitte just zwei wunderbare Fotoausstellungen

zu sehen sind. Im Postfuhramt erzählen Fritz Eschens Bilder von der Trümmerstadt 1946. Auch vom Zirkus. Ihm, der hier als Jude überlebt hatte, stach zudem ins Auge, was andere an der Parkbank übersahen: Für Juden verboten. Jüngere Besucher sehen schweigsam erschrocken in sein eindringliches Schwarzweiß und nuckeln dabei wie verloren an Biodefleaschen.

Sattes grau, anderes überaus farbenprächtig, stets gestochen scharf, das ist das Über / Leben fünfzig Jahre nach dem Mauerbau im Deutschen Historischen Museum. Drei Jahrzehnte nach Eschen fixierte Altmeister Thomas Hoepcker den DDR-All- und Feiertag. Vor manchem Foto wird beim Wiedererkennen laut gelacht, in manchen Hinterhöfen sind Spuren des Krieges noch zu sehen. Zu seinen Erinnerungsmomenten kommen die Fotos von Daniel Biskup, der nach 1990 in Moskau und dem gewesenen Jugoslawien auch kleine Gesten vom großen Ende und jenen Neubeginn eingefangen hat, der dort mit brutaler Härte die Macht ergriff.

Zweimal Gewesenes in der städtischen Mitte. Auf den Fotos vom Damals wird wenig gelacht, Köterkot, zerknülltes Papier, Plastikgabeln, Pappsteller, Büchsen, Glasflaschen, zerlesene Zeitungen, Apfelreste, Bananenschalen, Einzelsocken, fest haftende Kaugummi und breit getretene Pommes Frites mit Ketchup fehlen. Dialektisch gesehen ist Abfall das Resultat vorangegangenen Konsums. Die Vermüllung der Innenstadt zeugt vom Wohlstand. Auf sie bezogen ist eine urbane Intoleranz dringend angezeigt.

## Im Mittelpunkt stehen die Menschen

Carola Bluhm steht Rede und Antwort

**D**ie Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales ist dafür bekannt, dass sie auf die Menschen zugeht. Seit 1990 ist sie für die PDS bzw. DIE LINKE Mitglied des Abgeordnetenhauses. Seit Oktober 2009 ist sie Senatorin. Auch in diesem Jahr – dem »Superwahljahr« – ist sie Direktkandidatin im Wahlkreis Mitte 2.

Sie hört genau hin, welche Probleme die Menschen bewegen. So stand sie kürzlich auf einem Bürgerforum im Kreativhaus auf der Fischerinsel Rede und Antwort. Alle 70 Plätze des Saales waren besetzt. Man nahm mit großem Interesse ihre Darlegungen auf.

Eingangs zählte sie die Erfolge auf, die in der vergangenen Legislaturperiode ohne die Linke bzw. gegen sie nicht möglich gewesen

wären. So mancher im Saal nahm mit großem Interesse zur Kenntnis, wie sich die Linke für ein soziales Berlin, für gutes und bezahlbares Wohnen, für eine existenzsichernde Arbeit und für eine gute Bildung für alle, die im Kindergarten anfängt, einsetzt. In ihren Ausführungen unterstrich Carola Bluhm die Vorteile der Einführung der Gemeinschaftsschule. Interessant zu wissen, dass die grün-rote Koalition in Baden-Württemberg in ihrem Koalitionsvertrag den Passus zur Gemeinschaftsschule aus Berlin fast wörtlich abgeschrieben hat.

Ausführlich erläuterte sie den Erfolg der Schaffung des Öffentlichen Beschäftigungssektors, der inzwischen tausenden Langzeitarbeitslosen für zumindest drei Jahre

eine sozialversicherungspflichtige, sinnvolle Arbeit verschafft – eine Initiative der Linken. Dieses Modell wird inzwischen von anderen Bundesländern mit großem Interesse zur Kenntnis genommen,

Carola Bluhm räumte auch selbstkritisch ein, dass sich in die Regierungsarbeit Fehler eingeschlichen haben. So stimmte sie Teilnehmern der Versammlung zu, dass es ein Fehler war, die Änderung der Bauordnung Berlin im Sommer vergangenen Jahres zu beschließen, die Müllabwurfanlagen in den Hochhäusern abzuschaffen. Sie konnte aber informieren, dass zur Zeit Verhandlungen laufen mit dem Ziel, sowohl Umweltaspekten als auch dem Erhalt des Wohnkomforts Rechnung zu tragen und damit die Müllschlucker zu erhalten. (Am 26.05. wurde die Bauordnung im Berliner Abgeordnetenhaus verändert. Ausnahme genehmigungen für Müllschlucker sind wieder möglich. – Redaktion »Mittendrin«)

In diesen Tagen und Wochen wird Carola Bluhm noch auf zahlreichen Veranstaltungen Rede und Antwort stehen – es lohnt sich, ihr zuzuhören.

**Denis Ruh**

Auf ein Wort Frau Senatorin

# Der lange Weg zum Erwachsenwerden

Als Gastrednerin bei einer Jugendfeier

**S**eit 1929 gibt es in Berlin nun schon die traditionelle Jugendfeier. In der Zeit der bürgerlichen Revolution 1848/49 wandten sich freireligiöse Gemeinden von Kirche und damit auch von Konfirmation und Firmung ab. Sie entwickelten eine neue Form des Feierns. Ab 1852 gab es den Namen »Jugendweihe« dann. Sie war eine außerkirchliche Feier für 14-jährige Schulabgänger. Zwischen 1919 und 1933 war die Jugendweihe ein fester Bestandteil der Festkultur der Arbeiterbewegung. Während des Nationalsozialismus wurde sie als Teil der Arbeiterbewegung und auf Grund ihrer Wurzeln verboten. Doch nach 1945 lebte sie in den Westsektoren wieder auf. Was viele gar nicht wissen: bis 1954 blieb die Jugendweihe in der DDR nicht erlaubt. Danach jedoch nahm die Verbreitung in der DDR zu

und im Westen versank die Jugendweihe fast in der Bedeutungslosigkeit.

Seit 1993 bietet der Humanistische Verband Deutschland (HVD) Jugendfeiern an. Sie sollen den jungen Menschen die ersten Schritte ins Erwachsenenleben erleichtern. Im Vorfeld der Jugendfeier werden die jungen Mädchen und Jungen ein halbes Jahr lang auf diese Feier vorbereitet. Die Vermittlung von Werten wie Selbstbestimmung, Toleranz, Verantwortung und Solidarität steht hierbei im Vordergrund.

Als Festrednerin war ich zur Auftaktveranstaltung der diesjährigen Jugendfeier eingeladen. Über 2000 Mädchen und Jungen waren mit ihren Eltern und teilweise auch ihren Großeltern zu dieser Veranstaltung gekommen. In einem bunten Rahmenprogramm gab es Musik, Tanz und festliche Ansprachen.

Beindruckend war, wie unterschiedlich

sich die jungen Menschen auf der Bühne bei ihrer persönlichen Würdigung präsentierten. Waren einige doch sehr aufgeregt – nur allzu verständlich bei einer solchen Menge an Menschen – nahmen andere die Situation sehr gelassen hin. Es ist eine wirklich schöne Tradition, dass hier der Mensch als solcher, unabhängig von Religion oder Gelöbnis gewürdigt wird. Es ist auch schön, dass die Jugendlichen während der Vorbereitungszeit ein Stück des nicht immer konfliktfreien Weges zum Erwachsenwerden begleitet werden. Es hat mir großen Spaß gemacht, ein Teil dieser Tradition zu sein, die hoffentlich lange erhalten bleibt.



**Carola Bluhm**

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

## Berlin macht Spielhallen das Leben schwer

Berlin hat als erstes Bundesland ein Spielhallengesetz

**W**ir erleben in unserer Stadt eine enorme Veränderung: Spielhallen schießen wie Pilze aus dem Boden. Wo früher Geschäfte oder Lokale waren, weisen heute abgedunkelte Schaufenster auf neu eröffnete Automatenkasinos hin. In der Zwischenzeit gibt es über 400 Kasinos in der Stadt, überproportional viele davon in Quartieren mit ärmeren Bewohnern.

Bereits im Januar bat der Senat die Spielkasinos mit der Anhebung der Vergnügungssteuer von 11 auf 20 Prozent zur Kasse. Der Wildwuchs an neuen Spielhallen konnte damit nicht gebremst werden.

Nun wurde die Rechtsgrundlage geschaffen, dass diese Entwicklung mit rechtssicheren Regelungen kontrolliert und stadtentwicklungspolitisch sozial erträglich gestaltet werden kann.

Der Mindestabstand zwischen Kasinos und »vorwiegend von Kindern und Jugendlichen aufgesuchten Einrichtungen« muss mindestens 500 Meter betragen. Die Mindestdeschließzeiten wurden von einer auf acht Stunden pro Tag ausgeweitet. Die Anzahl der Automaten wurde auf maximal acht pro Kasino reduziert, die Mitarbeiter müssen ihre

Sachkunde auf dem Gebiet der Suchtprävention nachweisen, der Getränkeauschank in Spielhallen wurde drastisch eingeschränkt.

Dieses Gesetz ist für den Bezirk Mitte wichtig, weil auch in unserem Bezirk eine dramatische Zunahme von Spielhallen zu beobachten ist. Allein im Jahr 2010 mussten 71 neue Spielhallenerlaubnisse erteilt werden. Es gibt 56 neue Spielhallenstandorte. 1081 Geldspielgeräte sind in Spielhallen aufgestellt. Diese Zahlen sind erschreckend, wenn die soziale Situation der Bewohner des Bezirks in Betracht gezogen wird. In Berlin leben schätzungsweise 37 000 Menschen mit problematischem Spielverhalten.

In der 82. Plenarsitzung des Berliner Parlaments am 12. Mai 2011 haben die Abgeordneten von SPD, Linken, CDU und Grünen das »Spielhallengesetz Berlin« beschlossen. Nur die FDP hat dagegen gestimmt.

**Kadriye Karci**

Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus



Foto: Archiv

### Termine im LinksTreff

**Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751**

Jeden 1., 2., 3.

und 4. Mittwoch im Monat:

kostenlose Beratung zu Hartz IV / Schuldnerfragen sowie Wohnung / Miete durch

die Rechtsanwälte Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17.00 bis 19.00

(keine Anmeldung erforderlich)

Jeden Donnerstag ab 16.00 Uhr

Schülernachhilfe für Schüler der 1. bis 7. Klasse

(Anmeldung unter 28705751)

### Wohnungspolitische Konferenz

#### »Die geteilte Stadt«

Ist Motto der wohnungspolitischen Konferenz, die die Bundestagfraktion DIE LINKE am 17. und 18. Juni 2011 in Berlin veranstaltet. Nicht zufällig hat die Fraktion Wedding als Veranstaltungsort ausgewählt. In Berlin schießen die Mieten in die Höhe. Wenn neu gebaut wird, dann teuer. Die Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung und die Entstehung von Problemkiezen und benachteiligten Quartieren ist allgegenwärtig. Was tun? Sind zum Beispiel die gegenwärtigen Eigentumsformen geeignet, die Fülle der Probleme zu bewältigen? DIE LINKE sucht nach neuen Antworten auf nicht ganz neue Fragen und lädt die Öffentlichkeit ausdrücklich ein zum Debattieren.

**Termin: 17./18. Juni 2011**

**Ort:** La Luz in den Osramhöfen in der Oudenarder Straße 16-20.

**Das ganze Programm unter:** [www.linksfraktion.de/termine/wohnungspolitische-konferenz/](http://www.linksfraktion.de/termine/wohnungspolitische-konferenz/)

**Anmeldung:** per Fax: 030-22 75 65 44

oder E-Mail an: [veranstaltung@linksfraktion.de](mailto:veranstaltung@linksfraktion.de)

**Rückfragen:** Sven Diedrich, 030-2275 2088 oder [sven.diedrich@linksfraktion.de](mailto:sven.diedrich@linksfraktion.de)

## Das ist das Letzte

Die Berliner CDU träumt davon, dass nach der Wahl im September, nicht wieder »Rot-käppchen-Sekt« getrunken wird, sondern »Henkel – trocken«. Der Häuptling Frank Henkel hat derzeit zwar nur Umfragewerte von 18 Prozent im Rücken, aber auch 620.000 Euro in der Wahlkampfkasse. Da kann er anstelle der üblichen Plakate auch jedem Wähler eine Tasse Kaffee mit Käsekrumen anbieten.

Macht er aber nicht. Was er anbietet klingt so: Mehr Lehrer, mehr Polizisten, mehr Billigwohnraum, weniger Hundekacke und Graffiti, weniger Schlaglöcher und Kriechstraßen, weniger Kuschelkurs gegenüber Ausländern, die nicht »inländisch« auftreten. Parole: Durchgreifen!

Das klingt, als hätte Sarrazin das Programm diktiert. Oder die Berater in der Zehlendorfer Villengegend haben gesagt: Wenn Henkel kein Zugpferd ist, dann muss er eben als Elefant auftreten. Scheint logisch, ist aber riskant für das Wohlbefinden der Stadt und aller Bewohner. Was nutzen mehr Lehrer in den Bildungsstrukturen des Kaiserreiches? Was nutzen mehr Polizisten, wenn die an der Bannmeile patrouillieren? Wie kommt man zu Billigwohnraum mit Privatspekulanten? Wer bezahlt Henkels Hundefänger?

Was die Träume der Berliner CDU beflügelt, ist die Hoffnung, dass Grün der Heißluftballon zum Aufstieg wird. Wenn Frau Künast nur als Chefin ins Rote Rathaus will, wenn die SPD als Handlanger nicht mitspielt, dann wäre das Zweckbündnis Grün-Schwarz ebenso denkbar wie Rot-Schwarz. Sofern Die Linke nicht durchstartet und ein soziales Berlin für alle Berliner retten hilft. Jedenfalls war Rot-Rot bislang gesünder für die Stadt als alle früheren Farbkombinationen. Mit Harald Wolf hat die Linke einen »Leitwolf«, der keine Kreide frisst und keine Zähne fletscht. Der sagt, was Sache ist. Der macht, was nötig und nützlich ist. Den braucht Berlin.

Arthur Paul

### Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

**Geschäftsstelle:** Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337, E-Mail-Adresse: info@dielinke-berlin-mitte.de

**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de

**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs

**Satz:** sternberg media

**Druck:** Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

**Redaktionsschluss:** 27. Mai 2011

**Ausgabetag für Nr. 7/11** – 7. Juli 2011

mittendrin · 6/2011

## Wir sind vorbereitet

Aktionen für den Sommer vor der Wahl



Foto: Archiv

Mitte Mai verbrachten die Peaceful Streetfighter ein Wochenende in Blossin, um ihre Aktionen für den Sommer zu planen. Die jungen GenossInnen bestritten gemeinsam mit ReferentInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Wahlkampfkoordinator unseres Bezirkes ein straffes Programm. Die Mühe hat sich gelohnt. Motiviert und gut vorbereitet blickt die Gruppe den kommenden Wochen entgegen, in denen es gilt, die Wähler auf der Straße für »Das Soziale Berlin« zu gewinnen.

## »Auf gepackten Koffern«

Ausstellung in der Moabiter Heilandskirche



Vom 5. Juni bis 1. Juli zeigt die BO Moabit in der Heilandskirche, die Ausstellung »Auf gepackten Koffern – Leben in Abschiebehäft«. Sie ermöglicht es Abschiebehäftlingen, mit der Öffentlichkeit über Fotos und Berichte in Kontakt zu treten.

Die Vernissage zur Ausstellung fand am 5. Juni statt. Begleitend gibt es am 14., 21. und 28. Juni jeweils um 19 Uhr im Rathaus Tiergarten Gesprächsabende zum Thema, u. a. mit Herrn Pfarrer Fricke von der ev. Seelsorge im Abschiebeknast Köpenick und der Berliner Abgeordneten der LINKEN, Evrim Baba-Sommer.

Die Ausstellung ist ein Projekt des Flüchtlingsrates Berlin in Zusammenarbeit mit der Initiative gegen Abschiebehäft, Cimade Paris und Pro Asyl.

Dirk Lorsch, BO 333, Sprecherrat

### Herzlich Willkommen!

Unsere Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Bezirksverband Berlin-Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030 / 24 00 9-33 6

können Sie Montag bis Mittwoch in der Zeit von 9.00 bis 16.30 Uhr, Donnerstag bis 19.00 Uhr und Freitag bis 14.30 Uhr erreichen.

### Wir gratulieren im Juni zum Geburtstag!

- Zum 89.** Werner Geringswald, Margret Große
- zum 88.** Minni Schnoor
- zum 87.** Heinz Huth, Helga Korff-Edel, Barbara Koritzky
- zum 86.** Adelheid Fischer
- zum 85.** Horst Hahn, Hermann Kant
- zum 84.** Horst Bittner, Gerhard Knauth, Maria Kühne, Vera Tenner
- zum 83.** Berndt Spekker
- zum 81.** Friederun Fessen, Erika Prag
- zum 80.** Ruth Klein
- zum 75.** Gretchen Binus, Dieter Keidel, Ingrid Mahler, Siegfried Rastig, Christa Schmidt
- zum 70.** Klaus-Dieter Ernst, Renate König

